

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Leipzig,
Geb. & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banffkonto:
Geb. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der möglichsten Unterstützungsbeilage Leben, Willen, auch einschließlich Bezugserlösen monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen ebenfalls 1.80 M. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.60. Erhältlich täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungspag. 10. Z. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Circulation: Zeitungspag. 10. Z. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postkarte werden die Tagespresse Zeitungen mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Lieferung wird Rabatt erhoben, ebenso auf Vereinsschriften. Aufträge müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 20.

Dresden, Donnerstag den 24. Januar 1918.

29. Jahrg.

Wie steht's mit dem Frieden im Osten?

Von Eduard David, M. d. R.

In den Friedensverhandlungen mit der Bolschewiki-Regierung ist eine neue zehntägige Pause eingetreten. Trotzdem zieht nach Petersburg, wo der Zusammenschluss der Kommission eine schwere innerpolitische Krise eingeleitet hat. Es ist sehr zu bedauern, daß es nicht vorher in Brest-Litowsk zu einem festen, den Frieden in sichre Aussichtstellenden Ergebnis gekommen ist. Man ist ausgetauscht gegangen nach Abstimmung der gleichen Meinungsgegenstände über die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts in den befreiten Gebieten wie bei der ersten Unterbrechung.

Zu einem etwas erfreulicherem Resultat sind die "vertraulichen politischen Beratungen" mit den Ukrainern gewichen. Sie haben nach dem deutschen Bericht zu einer Abschaffung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages geführt. Auch ein Teil der ukrainischen Delegation ist daraufhin nach Russland gereist, um die Zustimmung der ukrainischen Regierung einzuholen. So anzunehmen auch ein Sonderfriede mit der ukrainischen Volksrepublik an sich wäre, es müßte doch dringend davon gewertet werden, ihn etwa als "Friede" für einen Frieden mit ganz Russland anzusehen, zumal nicht zugleich auch mit der Petersburger Regierung der Friede zustande, dann geriete die jegliche gemäßigte sozialistische Regierung der Ukraine zwischen zwei Feuer. In der Opposition der unter dem Einfluß der Entente stehenden ukrainischen Bourgeoisie mit ihrem militärischen Rückhalt Stolzendorf kommt ferner das Anstreben der starken bolschewistischen Kräfte innerhalb und außerhalb des Machterreichs der jeweiligen Regierung. Mit dem Sturz dieser wäre auch der Separatfriede erledigt.

Daran liegt es, daß man mit Trotzki noch nicht zu einer Einigung gelangt ist? — Gewisse Leute sind auch bei der Hand mit der Entwicklung, Trotzki wolle gar nicht ernstlich den Frieden; er ziehe absichtlich die Verhandlungen in die Länge, um irgendwann sein eigentliches Ziel, die proletarische Revolution in allen Ländern, zu fördern. Von denselben Leuten kann man dann im gleichen Atemzug die Behauptung hören, Russland müsse unter allen Umständen den Frieden haben; die Bolschewiki vertreten sich nur etwas schlägt man mit der Hoffnung des Siegers auf den Tisch, so würden sie jeden Frieden teilen, den man ihnen biete. Der Widerbruch dieser beiden Behauptungen liegt klar zutage. Kein von beiden ist richtig.

Was wollte Trotzki? — In erster Linie einen allgemeinen demokratischen Frieden, und falls der im Befreiungskrieg der Entente scheiterte, einen Sonderfrieden mit den Zentralmächten auf der Grundlage der russischen Blattform. Und einen solchen Frieden wollte er so rasch als möglich. Darauf kann gar kein Zweifel sein für jeden, der sich die Situation der Bolschewiki-Regierung vergegenwärtigt. Lenin-Trotzki hatten über ihre Widerläufer einzig und allein geplagt mit der Parole: Soortiger Friede! Der Abschluß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte von Petersburg, Tschetschensko, Kiew und Genossen hatte seinen Hauptgrund in deren immer zweifelhafter werdender Haltung in Sachen des Friedens. Die russischen Volksmassen wollen den Frieden, und die junge Demokratie braucht ihn, um sich im Innern zu stärken und an die gemäßigten Kulturaufgaben geben zu können, die ihrer harren.

Gelingt es den Bolschewiki, dem schwer gequälten russischen Volke den ersehnten rothen und dabei ehrenvollen Frieden zu schaffen, so war ihre Stellung im Innern fürs erste gesichert, und sie gewannen Zeit, die nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen, die in ihrem Programm stehen, mit Ruhe in Angriff zu nehmen. Der Jubel, mit dem der Abschluß des Waffenstillstandes und mehr noch die bald entgegenkommende gemeinsame Erförlung der Delegationen der Verbündeten am 25. Dezember in der Presse der Bolschewiki begrüßt wurden, beweist am besten ihren ehrlichen Willen zu raschen Frieden.

Die Erfklärungen, die Herr von Kühlmann dazu am 28. Dezember hinsichtlich der Durchführung des Selbstbestimmungsrechts abgab, haben diesen Jubel ja verstimmt lassen. Schärfste Kritik gegen die deutsche Regierung feste ein. Trotzki ging dann selbst nach Brest-Litowsk, um die schwierige Situation zu meistern. Die langwierigen Diskussionen haben sich immer nur um die eine Anerkennung der Russen gedreht: Sicherung einer sozialistischen Revolution des Volkswillens in den befreiten Gebieten. Das ist nicht nur ein oberflächliches Prinzip für die Russen; es ist eine praktisch-politische Notwendigkeit für sie. Völkern sich die Westprovinzen aus freien Städten auf Grund einer einwandfreien Willensfindung vom russischen Reich ab, so ist das die Bedingung der Bolschewiki nicht nur vor ihren gegenwärtigen Widerläufern, sondern auch vor jeder anderen kommenden Machtbildung in Russland. Geben sie aber ihre Gebiete zugleich mit ihren Prinzipien preis, so discredieren sie sich restlos, und ihre Gegner haben leichtes Spiel.

Trotzki versteht sich die Jüngste Trotzki bei den Verhandlungen über den Kardinalpunkt. Es ist nicht wahrscheinlich, daß er mit ausreichenden Garantien für eine demokratische einwandfreie Durchführung des Selbstbestimmungsrechts verzichtet. Angenommen aber, er beugte sich angehends der Zuständigkeit der russischen Front dem Zwang der Verhältnisse

und nahme mit zusammengebissenen Zähnen einen Notsfrieden an, was hätte Deutschland damit gewonnen? Selbst wenn die Bolschewiki auch dann noch am Ruder blieben, böte ein solcher Friede nicht die geringste Garantie der Dauer. Es wäre sogar nicht ausgeschlossen, daß die Russen noch während der Fortdauer des Krieges im Westen, sobald sie sich einigermaßen erholt hätten und die Situation günstig erschien, den Kampf von neuem aufnahmen. Nicht einmal die erzielte militärische Entlastung im Osten wäre für uns erreicht. Und die Entente hätte in Russland wieder Übermacht. Die Bildung einer Regierung, die das alte Verhältnis zu ihr wieder herstellt, wäre wohl nur eine Frage der Zeit. Die große Gelegenheit einer volkstümlichen und wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Russland wäre verloren und die Weltkoalition gegen uns neu gestiftet.

Es ist aber, wie gelöst, wenig wahrscheinlich, daß die bolschewistischen Vertreter einen mit ihren Prinzipien und ihren Parteinteressen unvereinbaren Gewaltmarsch schließen würden. Die Stimmung, welche die sozialrevolutionäre Freiheit der Konstituante in ihrer einzigen Sitzung vor der Spaltung zum Ausdruck gebracht hat, macht das auch unwahrscheinlicher. Alles spricht vielmehr dafür, daß Trotzki, wenn er seinen demokratisch-annehmbaren Frieden erlangen kann, unter klarer Herausstellung des Gegenstosses der Auffassung mit idöristischem Protest vor aller Welt die Verhandlungen in Brest-Litowsk abbrechen wird. Damit kann er in Russland bestehen. Er würde sich rütteln können, die Gründzüge der Demokratie hochzuhalten und sein möglichstes getan zu haben, um die Volksmassen in den Centralstaaten zu revolutionieren. Die Entente aber würde ihm dann gern goldene Brücken bauen.

So stehen die Dinge. Man sollte denken, jeder in Deutschland, der seine fünf gefundenen Sinne zusammen hat, müßte daraus den einzigen möglichen Schluss ziehen: also suchen zu einer raschen ehrlichen Verständigung über den Haupttreibpunkt zu kommen. Eine wirklich unabhängige Bekundung des Volkswillens in Polen, Litauen und Lettland ist allen Verfeindten eine unentbehrliche Voraussetzung zur Schaffung aufrichtiger und aufrichtiger dieses Ziels, dann kann und wird man sich über den Weg und die Garantien der Durchführung einigen.

Graf Egerer hat den schwer beunruhigten österreichischen Wählern erklärt, er habe und bürgt mit seiner Verantwortung dafür, daß er den Frieden um Erwerbungsdokumenten nicht überlassen werde. Der allmählich heraufsteigende Verhandlungen von deutscher Seite müßte die von der Reichsleitung früher abgelegten Erfklärungen widerlegen, wollte er jüngst eine ebenso einwandfreie Zusicherung zu geben. Auch das deutsche Volk muß die Gewissheit haben, daß unbedingt das Geschehen der mehr als je sich vordehenden alldeutschen Gewaltpolitischer der Flotte und feste Wille, zu einem Frieden der Versöhnung und dauernden Versöhnung zu kommen, in der Reichsleitung herrscht.

Bor den Erfklärungen des Reichskanzlers.

Die Vorsitzzeitung schreibt: Den Erfklärungen, die Graf Hertling im Reichstagssaal abgeben wird, steht man mit berechtigter Skepsis entgegen. Es wird sich nicht nur um eine Durchführung der durch die Verhandlungen in Brest-Litowsk geschaffenen Lage handeln, sondern vor allem um eine Antwort auf die Reden Lloyd George und Wilsons. Geduld ist nicht nur eine Eigenschaft, sondern auch wichtige berührte werden. Der Reichskanzler wird, wie allgemein angenommen wird, über unsere Absichten im Rahmen Entscheidendes sagen. Dies ist wohl schon aus dem Grunde erforderlich, da damit zu rechnen ist, daß Graf Egerer gleichfalls eine starke Stellung zu all diesen Fragen nehmen wird.

Die Parteiführer beim Chef der Reichskanzlei.

Wie der C. H. B. ford. fand gestern nachmittag ein Empfang der Reichsführer beim Chef der Reichskanzlei statt. Der Unterstaatssekretär von Radowitsch gab den Parteiführern in großen Kurzfristen das Programm der Rote bekannt, der der Kanzler neue im Hauptaufsatz halten wird. Erzählt v. Radowitsch wird voraussichtlich die Reichsführer, daß vor Beginn der Sitzung noch einmal empfohlen. In parlamentarischen Sitzungen wird mit dem Zusammenschluß des Reichstagsausschusses gerechnet.

Eine allgemeine politische Debatte nach der Kanzlerrede.

Berlin, 24. Januar. Die B. d. R. schreibt: Die angekündigte Redierung des Staatssekretärs des Außenwesens, Herrn v. Radowitsch, hat gestern nachmittag 5.30 Uhr in der Reichskanzlei stattgefunden. Die Begrüßung dauerte über drei Stunden. Junius eröffnete der Staatssekretär eingehend Bericht über die Friedensverhandlungen. An diesen Bericht schloß sich eine

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(B. d. R.) Amali. Großes Hauptquartier, den
24. Januar 1918.

Weißrussischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.
Rege Erkundungstätigkeit unserer Infanterie brachte an vielen Stellen der Front Erfolge ein. In der Nähe Borki-Sloboda wurden sechs Artilleriegeschütze erobert.

Ostpolnischer Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.
In einzelnen Abschnitten Artilleriefeuer. Südwestlich von Dolcan See feierte ein englischer Vorstoß.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalkommandeur: Lubendorff.

für vertraulichste Gründe ist in letzter Zeit nichts Besonderes geschehen. So war auch, wie bisher, der führende Unabhängigkeitssozialdemokrat, Bieg, totgeblieben. Der Reichskanzler hat an der Sitzung nicht teilgenommen. Es steht nun mehr fest, daß der Reichskanzler heute nachmittag 2 Uhr im Hauptquartier sprechen wird, und daß sich an seine Seite eine allgemeine politische Debatte anschließen wird.

Hindenburg und Lubendorff beim Reichskanzler.

Berlin, 24. Januar. Beim Reichstag fand gestern, wie das B. d. R. berichtet, eine Konferenz statt, an der auch Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Lubendorff teilnahmen.

Alldeutsche Wuterfüsse.

Ebert und Scheidemann auf den Sandhausen!

Die annexionistische Weise ist durch die Ereignisse der letzten Tage in die arduite Wut verlegt worden und es werden dort wieder einmal die denkwürdigsten Dinge angeschlagen. Bezugnehmend auf die Vergangenheit im Hauptquartier führt die Kreuzzeitung aus: Ebert und Scheidemann würden nicht leugnen wollen, daß sie mit ihren Worten offen mit dem Streit nach österreichischen Wahlen gewohnt hätten. Daß der Kanzler in Cesena in criser Linie auf die Miniatursfabriken und ionianischen Städte der Rüstungsindustrie eindrückt, hätte, so gäbe es kaum eine krasse Artur des Hochverrats. Von Rechts wegen gehörten die Ebert und Scheidemann auf den Sandhausen. Die Berliner Neuesten Nachrichten schreiben: Scheidemann hat die Auflösung des Verbands des Vormärz durch die Tötung erzielt, daß die Arbeiterklasse sonst auf den Gefangen kommen könnte, daß er andere Mittel angewendet werden müsste, ehe man das Riedt zu seiner Machtung gelangen läßt". Tatsächlich konnte der Reichstag nicht mehr daran gelassen werden, die es bisher nicht habe daran lassen lassen. Ein internationaler sozialdemokratischer Konsens vorher wie bisher zu stärken, das ist Ihre Pflicht, 1918. Deutung wird.

Die Deutsche Tagesszeitung behauptet, jetzt das Störer-Blatt der sozialdemokratischen Gewerkschaften liege zugleich offen mit landesversöhnlichen Gedanken nach der Wiederaufnahme von Wien. Es ist klar, daß die innere Geschäftsführung für Deutschland einen brennenden Lebensfrage ist, wie die Schaffung eines äußerer Grenzübers. Die innen-industrielle Deutsche Zeitung mit: Das von der Sozialdemokratie ist die Auflösung des Reichstags des Vormärz durch die Tötung erzielt, daß die Arbeiterklasse sonst auf den Gefangen kommen könnte, daß er andere Mittel angewendet werden müsste, ehe man das Riedt zu seiner Machtung gelangen läßt". Tatsächlich konnte der Reichstag nicht mehr daran gelassen werden, die es bisher nicht habe daran lassen lassen. Ein internationaler sozialdemokratischer Konsens vorher wie bisher zu stärken, das ist Ihre Pflicht, 1918. Deutung wird.

On diesen Neuheiten zeigen sich die Rieke unter allen Deutschen Gewerkschaften in den unterschiedlichsten Weisen: ehemalige Gewerkschaften zu tun, in Annahme Verteilung der Wahlrechte. Eine Verbesserung des Sozialismus und Ausweitung der breiten Massen bis zum unerreichbaren, das soll der Vorbild für die schweren Oester sein, die das deutsche Volk in diesem Kriegs gebrochen hat.

Die Erfüllung der Wünsche dieser Leute leicht den Untergang Deutschlands bedeuten. Bei aller Gunst der militärischen Kräfte stehen wir nicht doch nicht so, daß ohne die schweren Gewerkschaften für Deutschland eine letztere Politik durchdringen werden könnte. Erzüber sollten just auch die schweren Gewerkschaften klarer klagen es nach ihrem Wunsch. So würde die Rieke, die es nicht erfüllt haben, eine Stimme ergraben, die es wahrheitlich erfordert, daß sie noch weiter die Oester und Entscheidungen ertragen, die ihnen die Fortführung des Krieges aufzwingen wird.

Donnerstag den 24. Januar 1918

Dresdner Volkszeitung

Der Vorwärts schreibt zu den Wutergüsten der reaktionären Presse: Wenn Ober und Schiedemann ein ungeschminktes Bild von der Stimmung der Massen geben haben, so haben sie weit mehr als ihre Pflicht getan. Wer behauptet, die deutsche Sozialdemokratie lege es darauf an, die Bundesverteidigung durch gewisse Bevölkerungsgruppen zu schwächen, der hat entweder in den letzten dreieinhalb Jahren auf dem Blatte gelogen oder er lügt weiter. Die Sozialdemokratie hat nie aufgehoben, den Weg zu gehen, auf dem allein es möglich ist, die Kriege und Diktaturen der inneren Front zu entwerten. Ein gerechtes Strafungsamt, freies Kriegsrecht im Innern und eine von Erbezugslinie freie Kriegspolitik nach außen, das sind die prächtigen Mittel dazu, und wer wie die Sozialdemokratie, dreieinhalb Jahre lang für die Einsetzung dieser Mittel gearbeitet hat, wer zugleich in jeder Stunde und jeder Minute für die Verteidigung des Reiches eingesetzt ist, der hat mehr für das Land getan als jene, die nichts weiter tun, als durch Drohungen mit rastlosen Gewalttaten Erregungsmittel in die Massen werfen.

Es ist in einem Unglück noch ein Glück, daß man am Steichdtag

die Wahrheit sagen und die Dinge so schildern darf, wie sie sind. Die Illusion, die im breiten Bevölkerungsschichten vorhanden ist, wird nicht dadurch bestätigt, daß man über sie nicht spricht. Dazu trefft die Prager Entscheidung. Es führt aus, daß sie mit den dynastischen und patrizischen Grundprinzipien der Österreicher nicht in Einklang zu bringen sei und das Schiedmannsrecht unter Auflösung des bisherigen Staatsverbandes aufstehe. Eine solche Auffassung werde von jedem Österreicher mit Erfahrung zurückgewiesen und von jeder österreichischen Regierung mit allen Mitteln bekämpft werden. Das harsche Präsidentenamt und Händelshäuschen. „Die erste“, fügt der Ministerpräsident fort, „eine ehrenvolle Aktion, der uns und unseren Verbündeten für alle Zeit den sichersten Verlust verbürgt, wir streben ihn im Geiste der Gerechtigkeit und Persönlichkeit, aber auch mit jener Einfachheit und Leichtigkeit, die den Gegnern die Aneignung folglos ihrer Bergewaltigkeitsabsichten vor Augen führen wird. Die Auslandsbewegung habe zwar keinen aussichtsreichen Charakter, sie gehabt, oder sie hätte doch bedeutsame Formen annehmen können. Die Regierung habe keine Bedenken getragen, befürwortet auf den Gebieten des Gemeindewahlrechts, die seit Januar eingezogenen Reformen auszuführen. Die Durchführung werde zu geschehen, da der nationale Heilskampf gemacht werde (Krieg und Friedenskriege bei den Tschechen) und die beruhigten Ansprüche aller Volksteile im Rahmen des Möglichsten ihre Befriedigung finden. Politische Meinungsverschiedenheiten müchten hinter den gemeinsamen Gedanken zurücktreten. Das Vaterland sei in Gefahr. Die Regierung vermöge ihrer schwerwiegenden Aufgaben nur zu erfüllen, wenn sie in einer starken Volksvertretung starken Rückhalt finde.“

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde fortgesetzt durch Zwischenrufe der Tschechen unterbrochen. Besonders heftig war der sozialistische Abgeordnete Strelak gegen Siebold: Eine Abteilung von etwa 25 000 Mann der Roten Garde des Donezbeckens und einige Patrouilleneinheiten, die über Artillerie verfügen, waren ukrainische Grenzschutztruppen bei Lubny und legten sich gegen Kiew in Bewegung. Südöstlich von Kiew kam es zu einem Treffen mit eilig hergerührten stärkeren national-ukrainischen Truppen. Nach heftigen Kämpfen mußten sich die Ukrainer vor den Maximalisten zurückziehen. Die ukrainischen Abteilungen wichen auf ihre Hauptstreitkräfte bei Domel und Mohilew aus. Die Mitglieder des Generalstabs folgen in Sicherheit sein; wie es heißt, sind sie noch Mohilew abgereist. Nordwestlich und südwestlich von Kiew hatten die schweren Kämpfe zwischen ukrainischen und maximalistischen Truppen an. Kiew droht von dem starken Konzentrationen. Die Verluste sollen auf beiden Seiten sehr groß sein. Anfolge der wichtigen Ereignisse ist der für den 23. angefochtene Ministerrat des Generalstabs abgesagt worden.

Die Kämpfe in der Ukraine.

Petersburg, 23. Januar. Die maximalistische Presse meldet aus Charjow über den Vorstoß der Roten Garde der Charjower Rada gegen Kiew: Eine Abteilung von etwa 25 000 Mann der Roten Garde des Donezbeckens und einige Patrouilleneinheiten, die über Artillerie verfügen, waren ukrainische Grenzschutztruppen bei Lubny und legten sich gegen Kiew in Bewegung. Südöstlich von Kiew kam es zu einem Treffen mit eilig hergerührten stärkeren national-ukrainischen Truppen. Nach heftigen Kämpfen mußten sich die Ukrainer vor den Maximalisten zurückziehen. Die ukrainischen Abteilungen wichen auf ihre Hauptstreitkräfte bei Domel und Mohilew aus. Die Mitglieder des Generalstabs folgen in Sicherheit sein; wie es heißt, sind sie noch Mohilew abgereist. Nordwestlich und südwestlich von Kiew hatten die schweren Kämpfe zwischen ukrainischen und maximalistischen Truppen an. Kiew droht von dem starken Konzentrationen. Die Verluste sollen auf beiden Seiten sehr groß sein. Anfolge der wichtigen Ereignisse ist der für den 23. angefochtene Ministerrat des Generalstabs abgesagt worden.

Die Katastrophenpolitik der Bolschewiki.

Petersburg, 23. Januar. Der Abgeordnete von Mohilew, der bekannte Bauerführer Wossentjew, richtete an Lenin ein offenes Schreiben, in dem er erklärt, der Rat der Volksbeauftragten habe Katastrophenpolitik. In dem Augenblick, da die entgegengesetzte Hungersnot das gesamte Nordostland überziehe und in Petersburg zahlreiche Menschen auf den Straßen vor Hunger umhauen, treibe man die Stimmen in Russland auseinander, verklepppe gleichzeitig die Friedensverhandlungen, breche mit den Ukrainern und stehe im Begriff, den Krieg gegen Rumänien zu erklären. Da Mitte Februar auch die letzten Vorräte verschwunden sein werden, steht Russland vor der größten Gefahr, die es jemals bedroht hat. Die einzige Rettung sei schneller Friedensschluß. Versöhnung mit den getreuen ukrainischen Arbeitern und Heimsendung der Bauern. Es sei die letzte Stunde angebrochen, werde sie nicht wahrgenommen, dann würde von Stuhland nur ein Trümmerhaufen übrig bleiben.

Klageschrift verhafteter russischer Sozialisten.

Am 20. Der Stockholm Social-Demokraten veröffentlichten den Wortlaut eines Protests, den 14 in der Peter Paul-Festung eingetretene russische Sozialisten am 2. Januar verfaßt haben. Die Unterzeichner des an alle Bürger gerichteten Aufrufs wurden am 30. Dezember im Hof des Verbands für den Schutz der Konstituentenfreiheit und nach der Aktion in der Roten Palast in der genannten Festung gebracht.

Die Verhaftung geht auf Befehl der Kommission für die Bekämpfung der Antikommunisten und der Sabotage. Die Verhafteten wollen darauf hin, daß entgegen dem Dekret der sozialistischen Regierung, das eine Haftbefehlung während mehr als 48 Stunden ohne Anklageerhebung nicht zuläßt, mit Ausnahme eines einzigen von ihnen nach drei Tagen noch keiner verhört worden sei.

Ein Teil von ihnen habe die erste Nacht in einem kleinen Wachtzel ohne Schlafgelegenheiten zubringen müssen und erst nach einem Protest die Überführung in eine gemeinsame Zelle in der Roten Palast.

Der hierbei anherrschende Volkskommissar Palow habe erklärt, daß sie nicht Verbrechte, sondern politische Vergehen seien, für die keine Strafe gebe, und er habe die Begleitmannschaft aufgefordert, sie mit dem Gewehrkolben zu schlagen. Von den Verhafteten sind jetzt Sozialdemokraten, drei Volkssozialisten und zwei Sozialrevolutionäre. (Der Aufruf trat am 14. Unterzeichnet.) Unter ihnen befindet sich Wenzelius Swetlin, der 1903 mit Tschischtschikow im Kreise des Petersburger Arbeitstaats lag.

Zu sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infesten, die unter der Konstitutionserklärung gegen die Volksopposition verübt worden sind.

Die sich die Verhaftung des Aufrufs noch immer in Haft befinden,

lädt sich aus dem Kreis des Sozial-Demokraten, der den willigen Parteiplatz unter der sozialistischen Führung beleuchtet, nicht entnehmen. Ausländische Sozialdemokraten werden, auch wenn sie sich im eigenen der Parteinahme im politischen Gott der russischen sozialistischen Partei enthalten, die gegen Sozialdemokratie verübten Mordverbrechen und Gewalttatfeiern – wie durchaus alle gegen gewisse sozialdemokratische Handlungen, die demokratischen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen widerstehen – ebenso mißbilligen, wie die Rechtsverbrüderungen und Gewalttat infest

delegation formuliert wurden, zu bekommen. Deutschland außenanzusehen, wie die Zensur den Admiral Tirpitz schlägt. Die Zensur gäbe ihm noch nicht über Artikel entschieden, die ihr bereits seit November vorliegen. Die karmischen Artikel über den U-Bootkrieg werden getrieben. Das Oberkommando kann in diesem Falle nur auf Anweisung der Machtmittel handeln. Die Autorität des Herrn v. Tirpitz habe auf recht schwachen Füßen, und es sei ganz unbegreiflich, wie man diesen Mann immer wieder in Schutz nehmen könne.

Admiral Heßlinghaus ist dem Vorredner entgegen.

Die Matrizenzur habe von einer Kritik nichts zu beschreiben. — Abg. Jung (nach) hält die Aufhebung des Belagerungsaufstandes für unmöglich. Er begründet dann den von ihm in Gemeinschaft mit dem Abg. Bittmann gestellten Antrag. Die Zensur müsse in militärischen Händen bleiben, man hoffe aber damit, daß das Reichsmilitärgericht als Beschwerdeinstanz bestimmt werde, eine gerechte Würdigung der Beschwerden zu erzielen.

Abg. Bittmann und Kohl beantragen einen Zusatz zum Schuhabfahrtsgesetz, wonach bei Haftentlassung nicht auf Grund des gleichen Ta bestandes eine neuere Verhaftung erfolgen dürfe. — Abg. Heine hält den Antrag Bittmann für eine Selbstverständlichkeit und behandelt dann eingehend die Vorgänge, die bei dem Verbot der Zukunft mi gew. ist haben. Es sei nicht wahr, daß Herren später processi gefragt habe, um das Verbot rückgängig zu machen. Man kann bei der Zensur niemals die Überzeugung haben, daß sie die rechtmäßige Meinung für ihr Verhalten angege. Trotz aller Kritik habe sich dadurch b'sche nichts gehebelt. Man versteht immer erst dann Reaktionen, wenn der Reichstag wieder vor dem Ausserminister steht. In Heidelberg habe man Studenten ausgewiesen, nur weil sie einen Protest gegen das Vaterlandspolitische veranstaltet hatten. In der Kürze werde noch wie vor Polst im Sinne der Vaterlandspartei geblieben und immer noch werden Leute auf gewöhnliche Denunziationen hin in Haft genommen. Das Reichsmilitärgericht könne nicht als geeignete Instanz erscheinen, um Beschwerden gegen die Zensur zu erledigen. Ganz ungewöhnlich sei es, daß auch jetzt noch über die Verteilung in Österreich jene genaue Darstellung geben werden darf.

General d. Heeresberg stellt mit, daß die Studenten aus Heidelberg ausgewiesen wurden, weil sie in positivistischem Sinne auf die Soldaten einwirken wollten. Abg. Bittmann wende sich schwer gegen die Zensur, wie sie den der Marine gefordert wird. — Staatssekretär Wallraf erläutert zu den Anträgen: Der Belagerungsaufstand könne nicht aufgehoben werden. Auch Schuhabfahrtsgesetz ist eine Novelle in Vorbereitung. Der Antrag des Unterstaatssekretärs, die Verantwortung dem Reichsminister zu übertragen, sei praktisch nicht mögl. ch.

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag Bittmann auf Aufhebung des Schuhabfahrtsgesetzes angenommen, der weitere Antrag Bittmann auf Aufhebung des Belagerungsaufstandes gegen die Sinnen der Sozialdemokraten ablehnt; der Antrag zum Pfleges in seinem ersten Teil ablehnt, worauf die Antragsteller den zweiten Teil annehmen, der Antrag des Unterstaatssekretärs gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Abg. Koch berichtet dann über seine Petition aus Dresden. Am dortigen Postbüro müßten selbst Briefe temporären zehn Tage vorher angenommen werden. Damit wird das ganze gewerkschaftliche Leben unterbunden. Die Petition verlangt eine Aufhebung dieser Bestimmungen. Der Referent beantragt, die Petition dem Reichskanzler zur Besichtigung zu überreichen. Der Antrag wurde abgelehnt. — Rächtige Elyng: Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, Politische Debatte.

Deutsches Reich.

Zentrum und gleiches Wahlrecht.

Das Zentrum hat sich in der Wahlrechtskommission gestützt, sich nach Art der Nationalliberalen vor den konservativen Wagen spannen zu lassen. In der Germania steht sich der Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Goebelius Zustitzkow Marx (Düsseldorf) mit einer Kundgebung des Hauptvereins der Deutschkonferenz aus, die den Aberglaube hat, das Zentrum von der Zustimmung zum gleichen Wahlrecht abschrecken. In dieser Kundgebung wurde gesagt: "Das Zentrum sollte es sich sehr überlegen, ob es einem Wahlrecht zustimmt, das seine beste Stütze in den Fragen schädigt, die dem Katholizismus mit Recht die heiligsten sind." Daraus anspricht Herr Marx, daß sich das Zentrum vollständig einzudringen in die katholische Schule und die Freiheiten der Kirche zu schützen. Aber die Sage liege nicht so einfach. Dazu bemerkte der Verfasser weiter:

"Bei nächsterer Betrachtung der Dinge wird man zu einem ganz anderen Ergebnis kommen. Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts wird ganz unvermeidlich eine bedeutend stärkere Radikalisierung des Landtags herbeiführen, als die Einnahme des jetzt zur Verarbeitung befindlichen Entwurfs, namentlich wenn Beschlüsse bestellt werden dürfen. Auflösung des Landtags, Neuwahlen unter dem Eindruck einer Opferwilligkeit des Volkes bis zur äußersten Grenze anpassenden Aries und unter der Geißel einer demagogischen Agitation. Einem solchen Harfen, operierenden Volle verträgt eine Mehrheit die Anstrengung ihrer Macht, die selbst das Könige oder Eins für gerecht und billig erklärt hat! — Man braucht sich nur diese Zeitschriften zu vergewissern, um zu erkennen, daß bei solchen Neuwahlen ein Abgeordneter kaum aufzutreten kommt, daß ein gleiches Wahlrecht in ganz anderem Sinne, wie der vorliegende Entwurf, ohne langes Zögern befürwortet wird und selbstverständlich dann über alle Versuche, Sicherungen zum Schutz der kulturellen Güter anzubringen, fast hinweggesetzt wird."

So kommt Herr Marx zu dem Schluss, daß die Ablehnung des gleichen Wahlrechts der schlechteste Dienst wäre, den man den Interessen des katholischen Volles und der katholischen Kirche leisten könnte.

Rein deutsch-österreichischer Volkverein.

Bezüglich der deutsch-österreichisch-ungarischen Kirchensouveränitätsstreit der Lobanzeiger mit, daß der ursprüngliche Plan, eine Union der Drogen in Form eines Volkvereins nach dem Vorbild des früheren deutschen Volkvereins herzustellen, nunmehr endgültig aufgegeben ist.

Verbot sämtlicher politischen Versammlungen.

(Kleinlioni.) Anfolge der Ausschreitungen, die am letzten Sonntag an Anfang an zwei von den umstrittenen Sozialdemokraten geöffneten Versammlungen der österreichischen Partei vorgetragen sind, hat das stellvertretende Generalkommando alle politischen Versammlungen ohne Unterbrechung der Fortsetzung in Stuttgart und den benachbarten Obertribünen bis auf weiteres verboden.

Der Wiederbeginn der Verhandlungen lag dann der Antrag lieber in folgender abgedrehter Form, die der Unterausschuss 16 gegen 4 Stimmen angenommen hatte vor:

"Als zum Erfolg des im Artikel 68 der Reichsverfassung angedrohten Gesetzes über den Kriegsfall wird gegenüber den Anträgen der Militärbesitzhaber, sowohl sie sich nicht auf die Rechts- als Rechts- und Verantwoortbarkeit beziehen, eine militärische Strafbank als Aufschlafstelle und Geschworenenstelle errichtet. Soweit diese Anordnungen auf die Handhabung der Zensur und das Verfahrensrecht bezüglich, ist der Reichskanzler Zuständig und Rechtmäßig.

Abg. Bittmann beantragt die Aufhebung des Belagerungsaufstands und Wiederherstellung der Vereins- und Freiheitsrechte.

Abg. Siebold setzt sich in einer langen Rede mit der Zet-

wirtschaft, die Steuerpolitik und die industrielle Interessen vertreten wird in erster Linie die Industrie und Zusammenlegung eines preußischen Industriekongresses als Präsidiumsmitglieder für die Wahl zum Herrenhaus in Gemäßheit des § 11 des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Zusammenlegung des Herrenhauses zur Verhältnisstellung sichern.

Politische Beleidigung der Beamten. Die 24. Kommission des preußischen Abgeordnetenkamms hat die Anträge über politische Beleidigung der Beamten beraten; sie empfiehlt die Annahme der Anträge in folgender Fassung:

Die Regierung zu erlauben, vorbehaltlich einer baldstünlichen gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsbeamten zuliebende Recht der politischen Beleidigung herzustellen, jedoch unterstellt, innerhalb der Diensträume oder auf diesbezüglichem Wege oder sonst durch Anwendung der Diensträume zur Beleidigung für politische Vereinigungen nach Parteien aufzufordern.

Ausland.

Frankreich.

Gallauz-Dokumente.

Wie aus Genf geschah mit, enthält die Verfassung, die Teil der Siegel der Italien durch Geheimbeamte und Partei gebrachten. Italienische Dokumente erbrochen waren, als sie in Gegenwart Caillaux' und seines Kreises gearbeitet werden sollten. Aus dem Allianzbündnis waren wichtige Schriften und Dokumente von der Hand Guinardé. Die Verleihung des Siegels und das Verhältnis dieser Schriften wurde zu Protokoll gehalten. Was vom Inhalt des angeblichen Staatsvertrages Caillaux' bekannt wird, ist auch nicht gesagt; den französischen Kreisbürocraten viel Freude zu machen. Es hilft sich vor allem heraus, daß die Behauptungen Caillaux habe sich während des Krieges zum Diktator machen, Guinardé, Briand und andere verboten, Paris durch französische Regimenter besetzen lassen, nur Phantasien darüber.

Die Denkschrift Caillaux', die "Rubikon" genannt wird, enthält in drei großen Kapiteln. Der erste Abschnitt, der aus dem Jahre 1913 stammt, enthält das Programm der ersten Maßnahmen, die Caillaux nach seinem Regierungseinsatz treffen wollte. Ein Teil dieser Notizen ist bereits bekannt, so der Plan, Sarcelles zum Generalstabsamt und Kriegsminister zu machen, die Neugründung des großen Hautesrangs und der Geheimpolizei. Andere bisher noch nicht veröffentlichte Abschnitte enthalten nicht eines hohen politischen Reizes. Caillaux beschäftigte, die am Krieg mittelbar oder unmittelbar 1914 beteiligten französischen Persönlichkeiten — wie er sich ausdrückt — und die bekannten nationalen französischen Zeitjournalisten nicht etwa militärisch zu verhaften, sondern ganz ordnungsgemäß vor dem Staatsgerichtshof zu stellen.

Das zweite Kapitel hat die Überschrift: "Der Frieden." Caillaux wollte den Frieden mit ausdrücklicher Zustimmung des ganzen Volkes schließen nach einer Volksabstimmung oder nach allgemeinem Rechtschluss. Das Friedensprogramm Caillaux' enthält in grohem Umfang die Hauptforderungen des Putschismus: Pflichtmilitärdienst, Pöllerbund, Verurteilung gegen den Friedensbrecher.

Kapitel drei enthält die Ministranten. Caillaux dachte an ein nationales Konzentrationskabinett, dem nicht nur die Sozialisten und Nobelpolitiker, sondern auch Männer der äußersten Rechten, wie der Alterspräsident der Kammer, Baron Malraux angehören sollten. Man findet noch folgende Namen: Bisson als Außenminister, Senator Dupuy, oben Senator Humbert als Marineminister, die Nobelpolitiker Renauld und Rouen und die Sozialisten Albert Thomé, Renauld und Bonneaud. Bonneaud und Briand hätten Verteidigungspositionen bekommen. Der letzte Teil des Friedensprogramms bezieht sich auf die Einführung einer starken Einheitssteuer, die Außenpolitik und die Einzelheiten der Verfassungsreform. Es soll übrigens ein Gedächtnis von der Hand Caillaux' bestehen, das dieses Programm in vielen Punkten höchstwährend wieder auffaßt. Das Schriftstück wurde vom Vertreter Caillaux' erst dieser Tage zu den Alten gegeben.

Großbritannien.

Ernährungsbeschädigungen.

London, 23. Januar. Die neuen vom Lebensmittelkontrollen berufenen Richtungen beschließen den Verbrauch von Fleisch, Eiern, Butter und Fett zu erhöhen und fordern auch zwei steileste Zölle möglichlich in Höhe von 100% und 50% vor, nämlich am Dienstag und Freitag für London, Mittwoch und Freitag in den Provinzen.

Freie Wünsche.

Nach einer Melbung junger Männer erhalten die Times aus Dublin, daß die Sinnfeinerspartei die Frage der Unabhängigkeit Irlands einer Volksabstimmung unterwerfen will, an der alle Irland über 18 Jahre teilnehmen sollen. Am Donnerstag verhandeln Richter und Richterinnen auch zwei steileste Zölle möglichlich in ganz Irland den Vertrag der Sinnfeinerspartei, dem irischen Volke eine Petition zu unterstellen, die von allen Nationen der Welt verlangt, daß bei der zukünftigen Neuorganisation Europas nach dem Prinzip Irlands wieder zum unabhängigen Staat gemacht werde.

Wahlstimme vor dem Oberhause.

Neuer meldet aus London: Das Oberhaus votiert mit 182 gegen 42 Stimmen einen Zusatz zu dem Wahlrechtsgebot an, durch den das Prinzip der Verhältniswahl eingeführt wird.

Aus aller Welt.

Eisenbahnhütte bei Schaffhausen.

Schaffhausen, 23. Januar. (Telefunken.) Unweit des Hauptbahnhofs ereignete sich heute morgen 2 Uhr ein Eisenbahnhütte. Der Angreifer härrte wurde getötet, mehrere Personen verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Sturmabfälle.

München, 20. Januar. (Agence Havas.) Amlich wird bekanntgegeben: Ein Turm bedrohte die Ausfahrt der gesetzlichen Kreuzer Carlo V. Eine Sturmhütte trug mehrere Tonnen, darunter das Monogramm Hermann Göring, ab. Die königliche Yacht Giraldina wurde ebenfalls beschädigt. Das Torpedoboot 18 stieß gegen das Linienschiff Darje. Sechs Schiffe erlitten Schaden.

Vorbericht der sächsischen Landeswehrverwaltung

für den 25. Januar 1918:

Gestraße ausläßend, etwas fäller, keine wesentlichen Rieber-

schäden.

Letzte lokale Nachrichten.

Rettungstat.

Genf mittag kurz vor 12 Uhr war in einer Wohnung des ersten Stockes im Grundstück Montebello Straße 33 ein Brand ausbrechen. In der Wohnung lebten sich drei kleine Kinder. Diese schrien um Hilfe, da sie in Gefahr waren, zu entlaufen. Ein Feuerwehrmann begab sich kurz entschlossen in die Wohnung und rettete die drei Kinder durch ein Fenster noch vor dem Eintreffen der Feuerwehr.

ie Zensurdebatte im Haushaltsausschuß.

Es lag ein Antrag vor der Abgeordneten Böckeler, Erzberger und den Reichsbankier zu erfüllen, schneumigt die Aufhebung

Rechts des Berliner Tagblatts herbeizuführen zu wollen.

Nach einer kurzen Begleitung des Antrags durch den Abg. Böckeler wurde der Antrag gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. — Zur Stütze des Ausschusses heraus wurde dann eine Erklärung eintreten zu lassen und sämtliche vorliegenden Anträge noch einmal an den Unterausschuss zurückgestellt.

Bei Wiederbeginn der Verhandlungen lag dann der Antrag lieber in folgender abgedrehter Form, die der Unterausschuss 16 gegen 4 Stimmen angenommen hatte vor:

"Als zum Erfolg des im Artikel 68 der Reichsverfassung angedrohten Gesetzes über den Kriegsfall wird gegenüber den Anträgen der Militärbesitzhaber, sowohl sie sich nicht auf die Rechts- als Rechts- und Verantwoortbarkeit beziehen, eine militärische Strafbank als Aufschlafstelle und Geschworenenstelle errichtet. Soweit diese Anordnungen auf die Handhabung der Zensur und das Verfahrensrecht bezüglich, ist der Reichskanzler Zuständig und Rechtmäßig.

Abg. Bittmann beantragt die Aufhebung des Belagerungsaufstands und Wiederherstellung der Vereins- und Freiheitsrechte.

Abg. Siebold setzt sich in einer langen Rede mit der Zet-

Sächsische Angelegenheiten.

Um Kultusamt und Volkschule.

Am Mittwoch stand im Landtage der Kultusminister zur Beratung, gleichzeitig mit ihm einige wichtige Kapitel dieses Gesetzes, wie die Volkschulen und Seminare. Am die diesmal ausnahmsweise mündlich gegebenen Berichte folgte eine lange und lebhafte Debatte, die den Genossen von vorn eröffnete. Er rief in großen Strichen auf die Volkschulnot und die Notwendigkeit einer freiheitlichen Schulreform hin, die aber anders aussehen müsse wie die Herrenhausvorlage und die Landtagsordnung. Dann kritisierte er das Verfahren bei Verhandlung des Lehrklaus von Professor Bülow bei der Universität Leipzig, das mit der Beratung eines Mannes nach den Herren der Scharfmacher und Agarier geendet habe. Der Kultusminister war sehr verärgert über diese Kritik, noch mehr Dickestellung war die Regierung gänzlich unschuldig, als sie den Vorschlägen der Fakultät gefolgt wäre. Könnte man durch unpraktischen Ton in der Abmehr Kritik ins Unrecht legen, hätte der Minister gesiegen müssen erreicht, so wie konnte er wider die ihm unbekannte Bezeichnungsgleichheit der Universität noch die gekennzeichneten Mängel unterstellt hinausreden.

Der konervative Redner Dr. Böhlig brachte in einer politisch-rechten Art eine Menge belangloser Einzelheiten, zollte der Schule und Kirchenpolitik des Kultusministers das Lob der Konservativen und brachte zwischen durch auch einige reaktionäre Ansichten über die Volkschule an, obwohl er allerdings nichts Neues sagte. Denn von einem konterrevolutionären war nichts anderes als eine kategorische Ablehnung der Einheitschule zu erwarten. Der nationalliberale Schulmann Dr. Seifert blieb mit seinen Schulwünsten in den bestehenden Grenzen, brachte sie aber, wie immer, in überragender Weise vor. Dasselbe gilt von dem Konservativen Dr. Koch, der mancherlei Sozialwünsche auf dem Herzen hatte, aber jeden Drang nach einer liberalen Schuleform vermieden ließ.

Dann kam nochmals der Kultusminister, der eine lange wohleinstuerte Schönfärberei über das sächsische Schulwesen vorbrachte und alles in möglichst günstiges Licht zu rücken versuchte. In diesen Schaubühnen galt Benoßtigkeit, der ihm folgte, ein reichliches Quantum Wasser; er legte verschiedene Mängel im Volkschulwesen bloß und dies besonders darauf hin, dass die Volkschulanten der Gemeinden immer drückender würden. Unter Berufung auf frühere sozialdemokratische Vorschläge zeigte er auch den Weg, wie man, ohne zur Staatschule kommen zu müssen, einen Ausgleich schaffen und den Krebsköder der Überlastung einer Gemeinde befreiten könne. Danach illustrierte der sozialrevolutionäre Brodauf die Schulpolitik des Kultusministeriums durch einige ausschenerregende Vorgänge, die gleichzeitig offenbarten, dass bei einzelnen Schulbehörden ein ungerühriger Verfolgungsgeist existiert, der auch noch durch das Kultusministerium gestützt wird. Die weitere Debatte brachte noch eine Auseinandersetzung zwischen unserm Genossen Baume und dem Kultusminister über den Erzähler Büchers im sozialwirtschaftlichen Lehrbuch.

Bei der Abstimmung brachten unsere Genossen der reaktionären sächsischen Regierung, von der wieder ein besseres Wahlgesetz noch eine freiheitliche Volkschulreform zu erwarten ist, ihre Wünsche durch Ablehnung des Gesetzes für den Kultusminister zum Ausdruck.

Die Verbesserung der Leistungszulagen

Der gestern Gegenstand der Beratung des Finanzausschusses A. In der Vorberatung des Reichstagswurten waren eine Reihe Wünsche gegen Erweiterung des Kinderparagraphen im Einkommenssteuergeleye aufgeworfen. Diese Wünsche wurden auch in der Deputation gestellt. Von nationalliberaler Seite lagen Vorschläge auf Erweiterung der Einkommensgrenze des Kinderparagraphen auf 700 R. und der Anwendung dieses Paragraphen auf alle noch unter 18-jährigen Kinder, sofern die Ausdehnung des § 13 Abs. 1 auf steuerfähig vermeintliche Einkommen von 10 000 R. statt 5000 R. Rechnung von Lebens- und Vollversicherungsprämien bis 600 R. stellte vor. Von den Vertretern der Staatsregierung wurden diese Vorschläge als finanziell unumkehrbar bezeichnet, weil sie einen Haftfall ergeben, der das durch die Belebung der Zuverlässigkeit verhindernde Prinzipien vergrößert. Diese Ausfassung wurde auch von den Vertretern der übrigen Parteien geteilt, die sich aber mit der Erweiterung des Kinderparagraphen auf Einkommen bis 5000 R. und Kinder von 6 bis 14 Jahren und der Einkommensgrenze in der Anwendung des § 13 Abs. 1 auf 7000 R. einverstanden erklärten. Die geplante Festlegung dieser Zulagen im Dekret 18 lehnte die Erweiterung aus rein praktischen Erwägungen ab. Sie verwies auf die endgültige Gestaltung des Finanzgesetzes und des Steuerwirtschaftsplans (Kap. 20, Tit. 2) und bemerkte, dass der Steueraufschluss nach den Kinderparagraphen gegenwärtig 900000 R. und nach den Steuerwirtschaftsplänen ca. 8 Millionen R. betragen dürfte. Sie fügte zu, dass, obwohl eine beträchtliche Erweiterung auf 1918 eingeschmiedigt nicht angängig sei, eine Anordnung der Erweiterung im Antrag der Betroffenen im Laufe des Jahres doch noch erfolgen könne. Diese Zulagen legten natürlich voraus, dass die Vergütungen der Richterabrechnung der Steuerwirtschaft im Bergfall förmlich. Das Dekret 18 diente in diesem Sinne vom Finanzausschuss beschließen werden.

Ein Brief Erzbergers an die katholischen Wähler des 3. Wahlkreises.

In den Dresdner konserватiv gerichteten Zentrumskreisen verachtet man, wie bereits berichtet, die katholischen Wähler des Baumer Wahlkreises dahin zu beeinflussen, dass sie ihre Stimmen für den Kandidaten der konserватiven abgeben sollen. Dass diese Auffassung in Südtirol Zentrumskreisen des Reiches nicht maßgebend ist, ergibt sich aus folgendem Brief, den der Reichstagsabgeordnete Kathias Erzberger an einen Herrn im 3. Kreis gerichtet hat:

Sehr geehrter Herr!

Auf Ihre gefällige Anfrage teile ich Ihnen mit, dass die Stellungnahme eines jeden Zentrumswählers nach meinem Erfolgen eine klare und gegebene ist: er kann und darf nichts unternehmen, um einem Gegner der Zentrumskräfte in der im unteren Volk so wichtigen Friedensfrage zum Sieg zu verhelfen. Auch die Deutsche Vaterlandsparthei ist von der Reichstagsfraktion des Zentrums ausdrücklich als Gegner der Zentrumspartei bezeichnet worden. Ein Kandidat der Vaterlandsparthei kann daher von Zentrumswählern keinerlei Unterstützung erhalten.

Wie meine Auffassung darüber Sie in den Kreisen der beständigen Parlamentsangehörigen richtig darstellen.

Mit herzlichem Parteigruss

Ihr ergebener
Kathias Erzberger
Mitglied des Reichstages.

Ein Gesetz über Wohlfahrtspflege.

Dem Landtage ist ein bereits in der Thronrede angekündigter Gesetzentwurf zugegangen, der die Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege im Lande fördert soll. Der Entwurf umfasst nur drei Paragraphen, die besagen: § 1. Die Bezirksverbände haben bei der Wohlfahrtspflege mitzuwirken. Als Wohlfahrtspflege im Sinne dieses Gesetzes gelten die Säuglings- und Kleinkindpflege, die Wohnungspflege, die Altenpflege und die Bekämpfung der Schwindsucht. Jeder Bezirksverband und jede bezirksfreie Stadt bildet einen Pflegebezirk. § 2. Die Bezirksverbände sind berufen, die Erziehung und Versorgung der Kinderjungen zu beaufsichtigen, soweit diese Beaufsichtigung die Voraussetzung für die Begründung einer gesetzlichen Wohlfahrtspflege oder Pflegelast durch sie bildet. § 3. Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen werden vom Ministerium des Innern getroffen.

Den kurzen Gesetzentwurf ist eine lange Begründung beigegeben, der schließlich noch eine Anzahl Anlagen beigefügt sind. Wir kommen auf die 158 Seiten umfassende Drucksache eventuell noch zurück.

Entlastung der älteren Schulgemeinden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat zur Schulaustrittsfrage folgenden Antrag eingereicht:

Die Nummer welche beschließen:

1. Die stgl. Staatsregierung zu erlauben:
a) bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung des Schulaustritts der Gemeinden solchen Schulgemeinden, die mehr als 50 Prozent ihres Einkommenssteuerfußes für die Unterhaltung ihrer Volkschulen aufzuwenden hätten, den darüber hinausgehenden Aufwand vom Staat zu erstatten.
b) Diese Schulgemeinden die Vertretungsfosten für zwei Decete einberuhene Lehre mit Rückwirkung vom Kriegsbeginn an aus der Stadtkasse zu erlätteten.
2. Die Erste Nummer zum Beitritt des Schlesisches einzuladen.

Aus der sozialdemokratischen Landtagssfraktion wird uns mitgeteilt, dass der Abg. Richter, Chemnitz, seit dem 14. Januar 1918 nicht mehr Mitglied der sozialdemokratischen Landtagssfraktion ist.

Leipzig. Das Leipziger Gewerkschaftskartell hat eine Schrift über seine Tätigkeit während der Kriegszeit herausgegeben. Aus ihr ist u. a. ersichtlich, dass das Kartell für die Unterstützung seiner Mitglieder 2 603 753 R. und für die Unterstützung von Kriegern und deren Angehörigen 610 374 R. aufwandte.

Stadt-Chronik.

Die bloßgestellte Vaterlandsparthei.

Neben der Partei mit dem irreführenden Namen werden immer mehr höchst blamable Dinge bekannt. Da sind zunächst die Szenen in die Erinnerung zurückzurufen, die sich in einer Berliner Versammlung der Vaterlandsparthei ereigneten. Wie ein Berliner alldeutsches Blatt mit Genehmigung feststellte, wurden dort die Kriegsruinen „durch ein Trommelfeuert von Haushälften aus dem Saale gewirbelt“. Ein anderer beispiellose Vorgang ist die Teilnahme der Vaterlandsparthei. An zahlreiche Mitglieder wurde ein Rundschreiben verlaut, in dem „Anhänger“ gebeten wurde, „unverzüglich schriftliche oder drückliche Angaben an den Kaiser, den König von Sachsen, an den Kronprinzen und an Hindenburg zu richten“, um „im Namen ungebührlicher Bürger der Sorge und Verzweiflung“ Ausdruck zu geben und zu verlangen, „dass Ludendorff bleibt und Kühlmann geht“. Die Unterzeichner sollten sich aber ja nicht als Angehörige der Vaterlandsparthei bezeichnen. (!!) Eine Runde nach der Tragödie der Kriegsruine vergrößert.

Trotz diesen Planungen wird die Sprache der Vaterlandsparthei immer dreister und ihre Bedeutungen immer fübler. Es wird gefasst: Die Mehrheit des Volkes gehört der neuen Partei an, sie bekannte sich zu deren überzeugen strategischen. Dabei weiß alle Welt, wie die „Massen“ „gewonnen“ werden. Durch innumer neue Beispiele wird dies öffentlich bestätigt, besonders aber auch die vielfache Verwendung von Behörden bei der Agitation für die Partei. Trotzdem dies alles längst bekannt ist, wollen wir doch von einem Vorgang Kenntnis geben, der sich neben anderen in unserem Verbreitungsbereich abspielte.

Zu Dippoldiswalde bat es die Ortsgruppe der Vaterlandsparthei angeblich auf über 100 Mitglieder gebracht. Die Männer der Vaterlandsparthei und einige Industrieleute, die dem Heeresdienst befreit sind und sicherlich auch gut verdienten, Dippoldiswalde bringt ein Mitglied der Vaterlandsparthei tatsächlich auch ein „Opfer“ für die Partei mit dem irreführenden Namen. Kommt da eines schönen Tages die Tochter eines Betriebschülers in die Fabrik, in der über 20 Frauen beschäftigt sind, legt ihnen eine Liste zum Unterschriften vor und sagt, sie sollten nur rubig die Mitgliederrüste unterschreiben. Dabei es koste ja nichts, die Beiträge habe sie schon bezahlt. Die Frauen haben unter dem angewandten Druck alle unterschrieben und so haben die Agitatoren die „Massen“ für die Vaterlandsparthei „gewonnen“. Die Vaterlandsparthei werden aber offensichtlich nicht etwa glauben, dass diese armelig entlohten Frauen auch nur jemals einen Pfennig für die Partei der Kriegsverlierer bezahlen.

Ein anderes Beispiel zeigt, wie Unterschriften für die Eingaben der Vaterlandsparthei an Hindenburg, Ludendorff usw. gesammelt werden. Am Montag ging bei der Dresdner Eisenbahndirektion ein Eisenbahnauftrag von Person zu Person, auch zu den zahlreich vorhandenen Damen, die optimale oft 17 Jahre alt und unerfahren sind, und sagte: „Herr Rechnungsbeamter lädt um Unterschrift für Eingaben wegen eines holdigen, ehrenvollen Friedens bitten!“ Dabei zeigte er den Wortschatz nur aus besonderen Belangen vor. Dass natürlich die älteren, ohne zu fragen „wie“ oder „was“, unterschrieben haben, ist selbstverständlich, denn der „Herr Rechnungsbeamter“ ließ darum „bitten“.

Ein drittes Bild soll die traurigen Wege der Vaterlandsparthei beim Füllen der Versammlungslöse veranschaulichen: Am 17. Januar d. J. befand sich am Schluss des Bataillons-Befehls (Landsturm-Infanterie-Bataillon 16/19 in Dresden) folgender Satz:

Witterung:

Um 12.15 den 22. Januar, zweimal 1,90 Uhr, wird Fliegerleutnant; Poppe im Bereichsamt, Jugendstrasse, seinem Vorhang, Cravatte und Einzelteile eines deutschen Fliegergerüstes während seiner offiziellen französischen Gefangenenschaft „bitte“ abholen.

Vom Bataillon werden unentgegnete Einheitslizenzen heraus-

aufgegeben. Teilnehmerzettel bis 17. Januar, 2 Uhr nachmittags, ans Bataillon.

Man kann gewiss nichts dagegen einwenden, wenn Herr Dippe das Gehörnis hat, seine Erfahrungen der Öffentlichkeit zu erzählen. Es ist auch nicht zu verurteilen, dass ein Trubelteil seinen Angehörigen dazu Eintrittskarten unentgeltlich verabreicht. Die Sache ist aber in Wirklichkeit anders. Das Wort „unentgeltlich“ ist infolge irreführend, als zu diesem Vortrag gar kein Eintrittsgeld erhoben wurde. Es handelt sich eben nur darum, ahnungslose Menschen weniger zu dem Vortrag des Herrn Dippe, als zu einer Veranstaltung der Vaterlandsparthei zu locken, in der aufsichtliche Parteipropaganda getrieben wird. Würde man wohl auch so verfahren, wenn es sich um Veranstaltungen anderer Parteien handele?

Welchen Schwindel die Vaterlandsparthei mit ihrem Mitgliedszahlreichen treibt, ist ebenfalls bekannt. In den Telegrammen an Kaiser und König gab man nicht weniger als 20 000 Mitglieder an. Wir konnten aber aus zuverlässiger Quelle erfahren, dass kaum die Hälfte dieser Zahl mit Wahrheit und Tat erreicht ist, trotzdem bei der Mitgliederwerbung und -zählung die gewagten Methoden angewendet werden.

Wie die Vaterlandsparthei ihre Versammlungen abhalten, ist allgemein bekannt. Um nicht in ihrer altendeutsch Amerikanerarbeit gefasst zu werden, laden sie nur Mitglieder und Freunde ein. Eine freie Ausübung können die Geschäftshäfen nicht vertragen, niederschichtiger halten sie aber mit den heftigsten Angriffen auf Andersdenkende durchaus nicht zurück. Kein noch so stupides Mittel wird verschmäht, um die Welt, insbesondere die leitenden Staatsmänner, zu verführen. Trotz all dieser nachweisbaren verwerflichen Methoden erreichen die Dresdner Nachrichten über die Bekämpfung der Vaterlandsparthei durch die Sozialdemokratie. Diese wird aber auch in Zukunft nicht unterlassen, die politisch schwierig zu kennzeichnen, wie er es verdient. Der Vaterlandspartheit erwächst aus dem Verhalten der Vaterlandsparthei die unabsehbare Wirkung, nicht nur das Unlinnen derer, die sich für die Vaterlandsparthei ausfüieren, gebührend zurückzumachen, sondern dem entgegenzuwirken, indem sie die sozialdemokratischen Ansichten zur Geltung bringen und die sozialdemokratischen Organisationen wirken.

Die Kriegswirtschaft im Haushalt der Familie.

Die Kriegswirtschaft hat in den Haushalt der Familie ein eingreifen. Der Mangel aber auch das Fehlen von Naturmittel und täglich Gebrauchsgegenständen hat zu Einschränkungen geführt, die schwer und hart zu ertragen sind. Die Partie sind in die Höhe geschossen und damit dem Verbrauch in den Schichten der Minderbemittelten eine ungemein empfindliche Einschränkung entgegengestellt. Einheitsangaben, die viel Unzulänglichkeit hervorgerufen hat. Wir kennen die Klagen und Beschwerden der Hausfrauen, insbesondere auch die, die mit dem Endmonten der Einlauf in Elstorf zu kämpfen haben. Wissentlich ist es von mir geringer Bedeutung, obwohl durch möglichst genaue statistische Ermittlungen festgestellt, wie unser Verhältnis im Haushalt sich verändert haben.

Der Kriegszeitraum ist Konsumdienstleistungen hat aus den Kreisen der tief angreifenden Verbände im Jahre 1915 zwei Gebühren über die Erneuerung der Bevölkerung vornehmen und die Erhebung im April 1917 wiederholen. Wir gewinnen durch einen sehr interessanten Einblick, wie der Krieg wirtschaftlich in die Einkommensverhältnisse eingegriffen hat und welche Fortschritte für die Minderbemittelten der Staat schafft. Aus der Bearbeitung des Materials, die im Kaiserlichen Statistischen Amt erfolgte, habe ich folgendes hergeholt:

Es wurden von dem Kriegsausführungsfragebogen an einzelnen Kreis zuverlässiger Personen in 27 Großstädten, 26 Mittelstädten und 23 Klein- und Landstädten herausgegeben, um für den Monat April 1917 die Einnahmen und Ausgaben in der Familie anzugeben. Eine für die Zwecke verwendbare Aufstellung ergab 324 Angehörige, die über eine gleiche Zahl von Haushaltungen Ausgaben. Der Verbrauch nach bestellten fällt die Haushaltungsverhältnisse auf 9 höhere Beamte, 31 mittlere Beamte, 31 Angestellte und Arbeitnehmer, 100 Arbeiter, 11 Kriegsstrafer, 29 freie Berufe. Das durchschnittliche Einkommen im Monat für 1. Familie betrug für die höheren Beamten 662,24 R., mittlere Beamten 327,00 R., Unterbeamte 228,85 R., Angestellte 208,19 R., Arbeiter 237,36 R., Kriegsstrafer 133 R., freie Berufe 430,50 R. In 40 Fällen steuerte die Frau zu dem Einkommen der Familie bei, in 34 Fällen war außerdem die Frau Haushaltungsverantwortliche. Der Arbeitsverdienst der 40 Frauen betrug im Monat 268,73 R. Ferner steuerten 77 Angehörige mit 6637,02 R. zum Unterhalt der Familie bei; in 33 Fällen wurden Nebenkommuniquen erzielt durch arbeitsfähige Ehefrau, 15. anderem Unterunterricht im Vertrage von 2018,15 R. Das Einkommen in 56 Fällen ergab 3,57,11 und von anderer Seite wurden Zuschüsse in Höhe von 3770,50 R. in 51 Fällen verzeichnet.

Was die Ausgaben anbetrifft, so wurde pro Kopf der Familie für Nahrungsmittel je 57 R., für Milch 8,31 R., Kleidung und Wasche 9,45 R., Heizung und Beleuchtung 4,11 R. und Sonstiges 14,94 R. verausgabt. Unter „Sonstiges“ sind Aufzehrung für Literatur, Verstärkungsbeiträge usw. summiert. Die Verzehrung pro Kopf der Familie ist so aufgestellt, dass zwei Kinder unter 11 Jahren für eine Person gezählt wurden, Jugendliche bis zu 14 Jahren für zwei Personen gezählt wurden, Jugendliche bis zu 18 Jahren für drei Personen gezählt wurden, alle übrigen Familienangehörigen dagegen erfasst als Einzelpersonen in der Berechnung. Es entsteht sich demnach die Erhebung auf 1386 Personen.

Das Einkommen auf den Kopf eines Familienmitgliedes wurde gegliedert in ein solches bis zu 50 R., 50 bis 75 R., 75 bis 100 R. und über 100 R. im Monat. Vergleichbar der Ausgaben für die Ernährung zeigt die Untersuchung eine völlige Verhinderung des Engelns. In sämtlichen Vertragsgruppen fanden die Angestelltenanteile, die für Nahrungsmittel angewendet wurden, mit zunehmendem Wohlstand. Besonders werden hier die Bemerkungen, die mit einer größeren Familiengröße deuteter sind (mittlere Beamte und Angestellte mit je 81 Familien, Arbeiter mit 100 Familien) als ausnahmsweise angeführt werden können. Bei den mittleren Beamten wurde in den Familien mit bis 50 R. monatlich Glühwürmer, 50 bis 75 R. d. H. in der Stufe 50 bis 75 R. 49,12 d. H., in der Stufe 75 bis 100 R. 46,13 d. H. und in der Stufe über 100 R. 43,81 d. H. für die Ernährung aufgewendet. Bei den Angestellten fiel der Ausgabenanteil für Ernährung auf 58,49 d. H. in der Stufe bis 50 R. auf 47,45 d. H. in der Stufe über 100 R. In den Arbeitersfamilien betrug der Ausgabenanteil in der niedrigsten Stufe 61,52 d. H., in der Stufe 50 bis 75 R. 50,50 d. H., in der Stufe 75 bis 100 R. 52,50 d. H. und in der höchsten Stufe 51,26 d. H.

Die Erhebung über den Verzug der einzelnen Nahrungsmittel zeigt erkennen, dass in den Kreishäusern die Ausgaben größer sind. Nach Wohlhabensgraden gegliedert, ergibt sich, dass infolge der Konkurrenz für das wünschliche wichtigste Lebensmittel die Ausgaben

